

Brüssel-Bürokratie stoppen

Rechtspopulismus konsequent bekämpfen

Mit unserer parlamentarischen Arbeit im Landtag wollen wir durch eine verstärkte landeseigene Europapolitik die Europäische Union unterstützen. Die Europäische Union steht unter Druck. Schädliche Bürokratie aus Brüssel und europafeindliche Populisten lähmen das größte Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte.

Schädliche Bürokratie abschaffen

Gerade beim Thema Bürokratie muss die EU wieder auf null gesetzt werden und neu anfangen. Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich für eine umfassende Entbürokratisierung einsetzen. Ziel sollte eine grundlegende **EU-Reform** sein, die die akuten **wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen** endlich in den Mittelpunkt stellt und weitreichende Entlastungen schafft. Dazu zählen insbesondere die **Aufhebung von Technologieverböten im Verkehrssektor wie CO2-Flottengrenzwerten** und dem daraus folgenden faktischen **Verbrennerverbot ab 2035, praxisferne EU-Lieferketten-Sorgfaltspflichten**, die baden württembergische Unternehmen unverhältnismäßig mit Haftungs- und Dokumentationslasten überziehen, aber auch mittelstandsfeindliche Nachhaltigkeitsbe-

richterstattungspflichten oder die **europäische Entwaldungsverordnung**, die unsere Handwerksbetriebe mit Nachweisbürokratie überfordert.

Europa resilienter machen

Statt tatenlos zuzusehen, wie sukzessive in immer mehr Mitgliedstaaten europafeindliche Populisten an die Macht gewählt werden, die nur darauf warten, die **europäische Idee** und damit das größte **Friedensprojekt der Menschheitsgeschichte** zu zerstören, wollen wir durch unsere Politik Europa zu **mehr Resilienz, wirtschaftlicher Stärke und außenpolitischer Agilität** verhelfen. So können wir einerseits die sich verstärkenden Angriffe und Attacken in einer auf Stärke ausgerichteten **multipolaren Weltordnung besser abwehren**, andererseits wirtschaftliche und politische Stabilität erhalten und wiederherstellen, um auch in der **Bevölkerung wieder mehr Akzeptanz** zu gewinnen. Wir brauchen eine erheblich bessere Verzahnung der **Verteidigungsfähigkeiten** der Mitgliedstaaten, um Ineffizienzen zu reduzieren. Dabei können auch Baden-Württemberg mit seinem exzellenten Maschinenbau einen wichtigen Beitrag leisten.

INITIATIVEN

- » Auswirkung des EU-Haushalts 2028 bis 2034 auf Baden-Württemberg [Drucksache 17/9880](#)
- » EFRE-Förderungen für Baden-Württemberg [Drucksache 17/8248](#)
- » Auswirkungen der EU-Verordnung für entwaldungsfreie Produkte (EUDR) für Baden-Württemberg [Drucksache 17/8245](#)

ANSPRECHPARTNER



Alena Fink-Trauschel Mdl

Europapolitische Sprecherin

alena.fink-trauschel@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9270



Julia Goll Mdl

Sprecherin für internationale Politik

julia.goll@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9320



Georg Heitlinger Mdl

Sprecher für Entwicklungspolitik

georg.heitlinger@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9230



Malte Milewski

Parlamentarischer Berater

malte.milewski@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9330

Partner mit Wachstumsambitionen

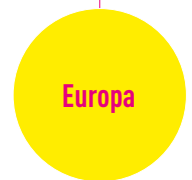
Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung gehören zusammen. Wir schaffen Perspektiven für Partnerländer, sichern den Zugang zu Rohstoffen und Energie und erschließen neue Absatzmärkte – eine Win-Win-Situation.

Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung müssen Hand in Hand gehen. Wer chancenorientierte Außenwirtschaftspolitik will, braucht klare Ziele bei **Rohstoffen, Energie und Innovationen** und muss diese mit politischen Initiativen unterfüttern.

Ein zentrales Beispiel ist **Wasserstoff**. Baden-Württemberg wird langfristig auf Importe von Wasserstoff und seinen Derivaten angewiesen sein, um Industrie, Verkehr und Wärme klimaneutral zu transformieren. Die Wasserstoff-Roadmap des Landes benennt zwar Importoptionen, sichert diese aber nicht durch eine durchdachte **Importstrategie** mit **priorisierten Partnerländern**, konkreten Projekten und verbindlichen Abkommen ab. Wir wollen einen klaren Fahrplan mit vertraglich fixierten Importoptionen, damit Unternehmen in Baden-Württemberg verlässlich in die Umstellung auf Wasserstoff investieren können.

Außerdem sollten wir gezielt **Energie- und Rohstoffpartnerschaften** mit Staaten in Afrika aufbauen. Entwicklungsprojekte stärken in den Ländern Infrastruktur, Kompetenzentwicklung und Rechtsstaatlichkeit, während gleichzeitig der Markteintritt unserer Unternehmen vor Ort erleichtert wird. Beides zusammen fördert die wirtschaftliche Entwicklung auf beiden Seiten und schafft Akzeptanz in den Partnergesellschaften. Dazu braucht es eine klare außenpolitische Linie unseres Landes und strategische Offenheit für neue **Partner mit Wachstumsambitionen**. Staatliche Fördermittel sollten an menschenrechtliche Standards gekoppelt werden. So verbinden wir wirtschaftliche Interessen mit politischer Verantwortung und machen Baden-Württemberg zu einem verlässlichen, global handlungsfähigen Standort.

ARBEITSKREIS



ANSPRECHPARTNER

Alena Fink-Trauschel MdL
Julia Goll MdL
Georg Heitlinger MdL

INITIATIVEN

- » Außenwirtschaftsförderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit
[Drucksache 17/8537](#)